

ANTRÄGE

**Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin-Lichtenberg
am 21. September 2019**

Beschlussbuch

Stand: 21.09.2019

Antragsschluss: 06.09.2019

ANTRÄGE**Anträge**

Die Antragskommission schlägt der KDV folgende Voten zu den einzelnen Anträgen vor:

| Antrags-Nr. | Antragsteller | Thema des Antrags | Ergebnis |
|----------------------------|---------------------|---|-----------------------------------|
| EA 14 - 17 | AK Grundeinkommen | Einen ersten Schritt ins Grundeinkommen wagen | beschlossen |
| A 11 - 19 | Abteilung 5 | Situation am Bahnhof Lichtenberg für alle Nutzer*innen akzeptabel gestalten | beschlossen |
| ÄA 101 – 19 | AK Stadtentwicklung | Infrastruktur bei großen Neubauvorhaben rechtzeitig mitplanen | beschlossen |
| A 10 - 19 | Abteilung 5 | Bau neuer Stadtteile | beschlossen |
| A 15 - 19 | Abteilung 6 | Parkstadt und Gartenstadt müssen gebaut werden, Maßnahmen zur angemessenen Verkehrsanbindung sollten einhergehen | beschlossen |
| A 20 - 19 | Abteilung 6 | Sportplatz für Karlshorst | beschlossen |
| A 21 - 19 | AK Stadtentwicklung | Mieterrechte bei der Prüfung der Betriebskosten stärken | beschlossen |
| A 25 - 19 | Abteilung 5 | Klimanotstand für Berlin ausrufen! | beschlossen |
| A 27 - 19 | Abteilung 5 | Haltestelle für Bus, Bahn und Biene | beschlossen |
| A 34 - 19 | Abteilung 4 | Besteuerung von Treibstoffen an Klimaziele anpassen | beschlossen |
| A 28 - 19 | Abteilung 5 | Kita-Qualität verbessern, Arbeitsbedingungen in der Frühen Bildung attraktiv gestalten und Ausbildungssystem modernisieren | beschlossen |
| I 03 - 19 | | Kein Mietendeckel für verantwortungsvolle Vermietende | beschlossen |
| Überwiesene Anträge | | | |
| A 29a - 19 | Abteilung 1 | Die Stadt den Menschen, die dort wohnen | Überwiesen an AK Stadtentwicklung |
| A 26 - 19 | Abteilung 5 | Stadtentwicklung for the many, not the few - Leitlinien einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik für Lichtenberg zeichnen | Überwiesen an AK Stadtentwicklung |

ANTRÄGE

1. Beschlossene Anträge

| | |
|---|-----------------|
| Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg | Kreis 11 |
| Antrag <u>EA 14 – 17</u> | |
| Antragsteller: AK Grundeinkommen | |
| KDV Lichtenberg am 21.09.2019 | |
| Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen Enthaltungen Stimmen | |
| Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input checked="" type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV | |
| Empfehlung der Antragskommission: Ohne Votum (Aufruf) | |

Die KDV der SPD Lichtenberg,

der Landesparteitag der SPD Berlin mögen beschließen:

Bedingungsloses Grundeinkommen: Vision für eine Gesellschaft im Wandel – Herausforderung und Chance für die SPD!

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat, die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus
- 2 von Berlin, der SPD-Landesvorstand sowie die SPD-Kreisvorstände der Berliner Bezirke
- 3 werden ersucht, das wachsende innerparteiliche und starke öffentliche Interesse an ein-
- 4 nem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) anzuerkennen und dieses populäre, dis-
- 5 kussionswürdige Thema in seinen verschiedenen – u.a. verfassungsmäßigen, sozialwis-
- 6 senschaftlichen, philosophischen und volkswirtschaftlichen – Dimensionen als Chance
- 7 für eine grundsätzliche programmatische Neuausrichtung der Partei und als Impuls für
- 8 ein innovatives, gesellschaftspolitisches Projekt zu begreifen.

- 9 Dazu werden folgende Schritte unternommen, deren Umsetzung bis spätestens zum
- 10 Ende der laufenden Wahlperiode erfolgt:

- 11 1. Die o.g. Adressaten schaffen innerhalb ihrer Verantwortungsbereiche zeitnah Mög-
- 12 lichkeiten, die Thematik eines BGE breit angelegt, vorurteilsbewusst und fachlich kom-
- 13 petent auf die enthaltenen konstruktiven gesellschaftlichen und sozialpolitischen Po-
- 14 tentiale hin zu diskutieren. Hierfür werden auf allen Ebenen geeignete Gremien und Ar-
- 15 beitsstrukturen genutzt oder geschaffen (z.B. Arbeitskreise). Deren Arbeit wird aktiv un-
- 16 terstützt, ihre landesweite sowie ggf. bundesweite Vernetzung gefördert.

- 17 2. Geeignete Modelle eines BGE werden insbesondere dahingehend untersucht, inwie-
- 18 fern sie sich anschlussfähig an aktuelle sozialpolitische Reformansätze zeigen (z.B. Kin-
- 19 dergrundsicherung, Grundrentendebatte, Einführung einer Bildungsdividende, Bür-
- 20 ger*innenversicherung u.a.). In Identifikation dieser Schnittmengen werden Verfech-

ANTRÄGE

21 ter*innen eines (emanzipatorisch orientierten) BGE als potentielle Verbündete einer an-
22 zustrebenden gesellschaftlichen Transformation verstanden, entsprechende auch posi-
23 tionsübergreifende Kooperationen gesucht und unterstützt.

24 **3. Für die Bundeshauptstadt Berlin wird ein Modellprojekt zur Erprobung bestimmter**
25 **relevanter, in ihrer Wirkung bislang strittiger Effekte eines BGE bis zur Einführungsreife**
26 **vorbereitet.**

27 Das Design des Modellprojektes beinhaltet die regelmäßige Zahlung eines BGE in teilha-
28 besichernder Höhe (ca. 1.200 € pro Erwachsener/ 628¹ Euro pro Kind) an einen bevölke-
29 rungsrepräsentativen und statistisch aussagekräftigen Personenkreis und erstreckt sich
30 über die Dauer einer Wahlperiode (5 Jahre einschließlich Vor- und Nachbereitung bei
31 mindestens 3 Jahren Bezugsdauer).

32 Das Berliner Modellprojekt wird wissenschaftlich begleitet und ausgewertet. Dabei ste-
33 hen insbesondere Wirkungen auf die individuelle Gesundheit, Aufstiegschancen durch
34 Bildung, auf armutspräventive Aspekte, das individuelle Verhalten zum Arbeitsmarkt,
35 familiäre Auswirkungen und mögliche Effekte auf gemeinnützig orientierte Verhaltens-
36 weisen im Mittelpunkt der begleitenden Untersuchungen.

37 Es erfolgt eine bedingungslose und individuelle, an keinerlei Bedarfsprüfungen und Gel-
38 tendmachung von Ansprüchen gekoppelte Auszahlung an jeden Angehörigen des be-
39 rechtigten Personenkreises, unabhängig von seinen Familienverhältnissen. Insbeson-
40 dere erfolgt keine Kopplung an Erwerbsarbeit und besteht kein Zwang zur Arbeit oder
41 zu sonstigen sozialen Tätigkeiten.

42 Die Teilnahme am Projekt erfolgt freiwillig und unter Wegfall ggf. bislang bezogener
43 steuerfinanzierter Sozialleistungen (im Bedarfsfall mit Ausnahme von Wohngeld).

44 Erläuterung

45 In den vergangenen rund 20 Jahren ist (nicht nur) in Deutschland in verschiedener Hin-
46 sicht ein grundlegender, für Vieler beunruhigender gesellschaftlicher Wandel zu be-
47 obachten. Dieser hat globale, sicherheitspolitische, ökonomische, klimatische, aber auch
48 sozial- und mikropolitische Aspekte. Die Welt zeigt sich dem Individuum als überaus fra-
49 gil, teils bedrohlich dynamisch, äußerst komplex und immer schwerer steuerbar. Leis-
50 tungskürzungen und die Individualisierung von Risiken – verbunden mit sozialpoliti-
51 schen Reformen in der Vergangenheit – haben diese Tendenz noch verstärkt und das Ver-
52 trauen in die Institutionen des Sozialstaates untergraben. Der Soziologe Wilhelm Heit-
53 meyer spricht im Ergebnis seiner Langzeitstudie „Deutsche Zustände“² für die betrach-
54 teten Jahre zwischen 2001 und 2011 von einem „Jahrzehnt der Entsicherung“, mit dessen

¹ 628 Euro entsprechen dem aktuellen verfassungsrechtlich gebotenen Existenzminimum, vgl. <http://www.kinderarmut-hat-folgen.de>

² Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012.

ANTRÄGE

55 psychologischen und politischen Folgen Politik und Zivilgesellschaft seither konfrontiert
56 seien.

57 In Wissenschaft, Philosophie, Politik und sogar in der Wirtschaft wächst anhand dieser
58 Diagnose das Bewusstsein dafür, dass einer solchen Entwicklung nicht lediglich mit mi-
59 nimalinvasiven Eingriffen einzelner kleinerer Reformen zu begegnen ist. Vielmehr benö-
60 tige es die ermutigenden Umriss eines neuen und gemeinsamen gesellschaftlichen Pro-
61 jektes, welches auf der Basis eines positiven Menschenbildes dem Einzelnen inmitten
62 des vielfachen Wandels ein hinreichendes Maß an sozialer Sicherheit verleiht, die ihn
63 befähigt, seine persönlichen Lebensbedürfnisse mit den immer schneller verlaufenden
64 Veränderungen überein zu bringen.

65 Vor diesem Hintergrund erzeugt die Diskussion um ein Bedingungsloses Grundeinkom-
66 men vermutlich vor allem deshalb eine so weite Resonanz in ganz verschiedenen Teilen
67 der Gesellschaft, da sie unmittelbar an diesem „visionären Bedarf“ unserer Gesellschaft
68 anknüpft, in dem sie nicht lediglich eine Debatte über eine Sozialleistung führt, sondern
69 vielmehr zentrale und elementare Fragen unseres künftigen Zusammenlebens adres-
70 siert.

71 Wo ist dies konkret der Fall?

72 **Demografischer und arbeitsmarktstruktureller Druck auf das Sozialversicherungssys-**
73 **tem**

74 Das lohnbasierte Sozialsystem in seiner jetzigen Form auf der Grundlage des bisherigen
75 „Generationsvertrages“ zeigt sich unter Berücksichtigung der Lohnentwicklungen und
76 der Geburtenrate zukünftig als nicht mehr tragfähig. Laut einer aktuellen Studie³ für den
77 Deutschen Gewerkschaftsbund NRW ist jeder fünfte Erwerbsarbeitsplatz in NRW im
78 Lohnniedrigsektor einzustufen, sodass hier weder genug aktuelles Einkommen ge-
79 schweige denn eine ausreichende Rücklage für die Lebenssicherung im Alter erwirt-
80 schaftet werden könnte. Bis zum Jahr 2025, so die Prognose des Paritätischen Wohl-
81 fahrtsverbandes, wird sich die Anzahl der Rentner*innen, die auf zusätzliche Hilfe vom
82 Staat angewiesen sind, von 2,5 auf 10% vervierfachen.

83 Die Differenz in einem der wohlhabendsten Länder der Welt, in dem die Armut, insbe-
84 sondere die Kinder- und Altersarmut rapide ansteigt, ist nicht mehr nur für eine kleine
85 Minderheit der Bevölkerung spürbar. Längst scheinen davon nicht mehr nur Erwerbsar-
86 beitslose, sondern zunehmend auch in Vollzeit Beschäftigte betroffen zu sein.

87 Beim bedingungslosen Grundeinkommen handelt es sich um ein Einkommen, das von
88 einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung

³ Vgl. <https://nrw.dgb.de/archiv/++co++3038eb90-ca42-11e9-81dd-52540088cada> (Zugriff am 01.09.2019).

ANTRÄGE

89 und ohne Gegenleistung individuell ausgezahlt wird. Das Grundeinkommen bietet da-
90 mit eine umfassende und lückenlose Sicherung der wirtschaftlichen Existenz aller Bür-
91 ger*innen und sorgt somit für die Beseitigung von Armut. Das Grundeinkommen ermög-
92 licht das Recht auf soziale Teilhabe und schafft durch die Verhinderung von sozialer Aus-
93 grenzung und Stigmatisierung die Exklusionsfalle ab.

94 **Gleiche Chancen für alle – Das Bedingungslose Grundeinkommen für Kinder und Ju-**
95 **gendliche (Kindergrundsicherung)**

96 Das Zukunftsforum Familie e.V. beschreibt die gegenwärtige Situation in Deutschland
97 wie folgt:

98 *„Gut 18 Prozent der Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Betroffen sind*
99 *vor allem Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Mehr-Kind-Familien und Familien mit*
100 *Migrationshintergrund. Die Armut der Erwachsenen betrifft auch die in den Familien le-*
101 *benden Kinder. Weit mehr als 2,4 Millionen Kinder wachsen in Deutschland in materiel-*
102 *ler Armut auf [...]. Die Folgen sind gravierend: Der Mangel an Einkommen, Ressourcen*
103 *und Lebensperspektiven für Kinder entwickelt sich zur Bildungs- und Teilhabearmut.“⁴*

104 Zudem führen diverse gesetzliche Regelungen zu unterschiedlichen Berechnungshöhen
105 des Existenzminimums für Kinder und Jugendliche im Sozial-, Steuer- und Unterhalts-
106 recht. Daher ist gegenwärtig das Existenzminimum nicht für alle Kinder gedeckt.

107 Statt vieler verschiedener Hilfen braucht es eine Gesamtlösung – die „Grundsicherung
108 für Kinder und Jugendliche“⁵ als Teil des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE)!

109 Warum ist ein solches Kindergrundeinkommen „aus einer Hand“ noch sinnvoll?

110 *„Dringend notwendig ist es vor allem, die bisherigen Leistungen zusammenzuführen*
111 *und so das komplizierte System der Kinder- und Familienförderung zu vereinfachen; das*
112 *bürokratische und sozial ungerechte System aus Kindergeld, Kinderfreibeträgen und*
113 *Hartz-IV-Regelsätzen muss durch eine Grundsicherung für Kinder und Jugendliche er-*
114 *setzt werden. Denn weder die geringfügige Anhebung des Kindergeldes noch die Aus-*
115 *weitung des Kinderzuschlags oder eine Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung*
116 *lösen das Problem zeitnah und befriedigend.“⁶*

117 Aktuell beträgt die Höhe des verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimums 628
118 Euro monatlich. Sie setzt sich aus der Höhe des sächlichen Existenzminimums (408 Euro)
119 und dem Freibetrag für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung (BEA) (220 Euro)
120 zusammen. Dieses Existenzminimum muss für alle Kinder gelten, nicht nur für diejeni-
121 gen, deren Eltern Steuern zahlen können.

⁴ <https://www.zukunftsforum-familie.de/themen/kinderarmut/>

⁵ Vgl. z.B. Antrag 98/1/2018 KDV Friedrichshain-Kreuzberg: Kindergrundsicherung einführen, Bekämpfung von Kinderarmut ernst nehmen – Kindergrundsicherung einführen; Antrag 99/1/2018 Jusos LDK: Die Zeit der Notpflaster ist vorbei – Kinder verdienen mehr! Einführung der Kindergrundsicherung und einer*s Beauftragte*n für Kinderrechte JETZT!

⁶ http://www.kinderarmut-hat-folgen.de/download/KGS_Broschuere_148x210_2019_Web.pdf.

ANTRÄGE

122 Damit wäre sichergestellt, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer fa-
123 miliären Situation und dem Einkommen ihrer Eltern ausreichend gefördert werden und
124 die Chance erhalten, ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu führen.

125 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

126 Geschlechterpolitisch kann ein Grundeinkommen eine große und nachhaltige Wirkung
127 haben. Insbesondere Frauen* werden im heutigen System häufig schlechter für Erwerbs-
128 arbeit entlohnt ("In Deutschland liegt die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern
129 bei 21 Prozent. Selbst bei gleicher formaler Qualifikation und ansonsten gleichen Merk-
130 malen beträgt der Entgeltunterschied immer noch sechs Prozent."7). Als Alleinerzie-
131 hende sind sie häufig finanziell schlechter gestellt, Hausfrauen und Mütter bleiben oft
132 ohne eigenes Einkommen oder in finanzieller Abhängigkeit von Partnern oder dem
133 Staat. Das Grundeinkommen kann dies ändern, da es an Individuen und nicht an Be-
134 darfsgemeinschaften (vgl. SGB II, XII) ausbezahlt wird. Das Grundeinkommen unterliegt
135 keiner versteckten Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und berücksichtigt
136 Hausarbeit, Kindererziehung sowie Pflege- und Carearbeit sowie sonstige unentgeltli-
137 che Arbeit als Teil der Wirtschaft und wertschätzt die erbrachten (Lebens-)Leistungen.

138 Selbstbestimmt und abgesichert Leben in der digitalen Arbeitsgesellschaft der Zukunft

139 Mit zunehmender Digitalisierung, den Fortschritten in der Entwicklung Künstlicher In-
140 telligenz (KI) sowie wachsender Automatisierung stellt sich bereits erkennbar ein um-
141 fangreicher Wandel der Arbeitswelt ein. Dies führt dazu, dass Personen aus jedem Bil-
142 dungsniveau erwerbslos werden können. Die Arbeit wird durch KI-bedingte Automati-
143 sierung erledigt, die Erträge der Unternehmen bleiben im Gegensatz zu vielen Arbeits-
144 plätzen erhalten, wenn sie nicht sogar mit einem gestiegenen Profit einhergehen. Die
145 Auflösung traditioneller, lebenslang konstanter Erwerbsbiographien schafft Unsicher-
146 heit, die belasten kann. Sie stellt aber auch eine Chance dar, wenn Menschen sich ent-
147 sprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen selbstbestimmt beruflich weiterentwickeln
148 können. Entscheidend ist, dass dies in einem sozial abgesicherten Rahmen geschieht und
149 niemand um die eigene wirtschaftliche Existenz fürchten muss, wenn sich etwa eine
150 Branche durch technologische Neuerungen stark verändert. Im Zuge der Digitalisierung
151 werden sich diese Entwicklungen stark beschleunigen. Ein BGE würde den Menschen
152 Angst vor der gravierenden Veränderung des Arbeitsmarktes nehmen und es ihnen er-
153 leichtern, sich im Laufe ihres Erwerbslebens ohne Druck umzuorientieren und weiter zu
154 qualifizieren.

155 Von Stress befreit – gesünder und zufriedener leben

⁷ Vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-und-arbeitswelt/lohnerechtigkeit/lohnerechtigkeit/80398>.

ANTRÄGE

156 Psychosoziale Stressfaktoren der Leistungsgesellschaft – etwa übermäßige Arbeitsbe-
157 lastung oder die Angst vor Arbeitsplatzverlust – verringern nicht nur die Lebenszufrie-
158 denheit, sondern erhöhen langfristig auch die Verwundbarkeit für psychische und kör-
159 perliche Erkrankungen, wie zahlreiche Studien belegen. So führen etwa Angst, Depres-
160 sion und Persönlichkeitsstörungen dann zu Risikoverhaltensweisen, welche auch die
161 Wahrscheinlichkeit für körperliche Erkrankungen (kardiovaskuläre, Schlaganfall, Vi-
162 rushepatitis, Typ-2-Diabetes, obstruktive Lungenerkrankungen) ebenso wie für Gewalt-
163 verhalten erhöhen.

164 Ein bedingungsloses Grundeinkommen gäbe Sicherheit und damit die Freiheit, zu Bedin-
165 gungen „Nein“ zu sagen, die uns krank machen (können): zu schlechten Arbeitsverhält-
166 nissen, zur unglücklichen Ehe mit dem/r Alleinverdiener*in etc.

167 Wenn keine unmittelbare Leistungsabfrage hinter einem „Nein“ steht, lebt der Mensch
168 selbstbestimmter und stressfreier. Wer nicht unter Stress steht, lebt gesünder und ver-
169 ursacht weniger Kosten im Gesundheitssystem. Diese positiven Effekte eines BGE beträ-
170 fen tatsächlich alle Gesellschaftsgruppen, besonders aber jene, die derzeit akut von Ar-
171 mut bedroht sind, z. B. weil sie ihre Renten „aufstocken“ müssen oder Eingliederungs-
172 hilfe beziehen.

173 **Gemeinsame Verantwortung – eine Krankenversicherung für alle**

174 Die Bürger*innenversicherung ist als solidarisches Sozialversicherungssystem eine wich-
175 tige Ergänzung zum bedingungslosen Grundeinkommen, in das ausnahmslos alle Bür-
176 ger*innen und dies unter Einbeziehung aller Einkunftsarten Beiträge in die gesetzliche
177 Krankenversicherung leisten und im Versicherungsfall daraus gleiche Leistungen in An-
178 spruch nehmen können. Das bedeutet die Aufhebung des dualen Systems zwischen ge-
179 setzlicher und privater Krankenversicherung im Leistungsbereich der Grundversorgung
180 und damit die Abschaffung einer Zwei-Klassen-Medizin.

181 **Wegfall von Hartz IV und Sanktionen – Erleichterung für Betroffene, Entlastung der Ver- 182 waltung**

183 Das Hartz-IV-System steht seit den „Agenda-Reformen“ unablässig in der Kritik, insbe-
184 sondere wegen der Sanktionen. Bei Einführung eines BGE würde dieses System schlicht
185 wegfallen: Durch das BGE wäre die Bedürftigkeit bei den bisherigen ALG-II-Empfän-
186 ger*innen nicht mehr gegeben, aufgrund der bedingungslosen Auszahlung bräuchte es
187 auch keine Sanktionen. Die bisher davon Betroffenen könnten „aufatmen“. Die Mitar-
188 beiter*innen in den Jobcentern würden massiv entlastet und könnten sich verstärkt ih-
189 ren fördernden und unterstützenden Aufgaben widmen – etwa, Menschen bei einer
190 Qualifizierung und Jobsuche zu helfen. Die SPD hätte – der Forderung vieler entspre-
191 chend – Hartz IV endlich „hinter sich gelassen“.⁸

⁸ So auch O-Ton der damaligen SPD-Parteivorsitzenden Andrea Nahles auf dem Debattencamp der SPD im November 2018 in Berlin.

ANTRÄGE

192 Das Berliner Modellprojekt

193 Warum ein Berliner Modellprojekt?

194 Modellprojekte ermöglichen die Erprobung und Überprüfung bestimmter Effekte und
195 Funktionalitäten, bevor eine angestrebte Veränderung mit in der Breite implementiert
196 wird. Gerade bei einem von unterschiedlichen Vorannahmen geprägten Thema wie dem
197 BGE spricht Vieles für einen lokal begrenzten und wissenschaftlich begleiteten Versuch.

198 Bestrebungen, die eigene Kommune für ein solches Modell ins Gespräch zu bringen, gab
199 es schon in etlichen deutschen Städten bzw. Landkreisen. Im internationalen Raum ist
200 uns aus jüngerer Vergangenheit der Pilot eines partiellen Grundeinkommens in Finnland
201 ein Begriff.

202 Als Berliner*innen finden wir, dass sich unsere Stadt in ihrer Vielfalt, ihrer Vitalität und
203 Offenheit für Innovation und Visionäres besonders gut für ein solches Vorhaben eignet.
204 Berliner Bürger*innen ebenso wie die stark strapazierte Berliner Verwaltung würden im
205 gegebenen Fall von den erwarteten positiven Effekten profitieren.

206 Mit einem Modellprojekt wollen wir jenes misstrauische und zugleich bevormundende
207 „Menschenbild“, das (derzeit noch) hinter der verbreiteten und in der Ausformulierung
208 wie im Vollzug von Gesetzen oft handlungsleitenden Annahme steht, mit einem Bedin-
209 gungslosen Grundeinkommen würden sich die Menschen in die „soziale Hängematte“
210 legen, nicht arbeiten bzw. vermeintlich unpopuläre Tätigkeiten (z. Bsp. Müllabfuhr) ver-
211 weigern, widerlegen.

212 Wir wollen im Querschnitt herausfinden, wofür die Teilnehmenden das zusätzliche Geld
213 verwenden, welchen Einfluss es tatsächlich auf ihre Lebensverhältnisse, ihre Gesundheit
214 und die Teilhabe am öffentlichen Leben hat.

215 Finanzierung

216 Ein BGE-Modell im vorgenannten Umfang ist finanzierbar. Beispielsweise würde sich der
217 absolute Transferaufwand bei einem Betrag von 1.200 Euro bzw. 628 Euro und einer Be-
218 teiligung von 2.000 erwachsenen Personen sowie 1.000 Minderjährigen auf 36,336 Mio.
219 Euro jährlich belaufen, wobei sich dieser Betrag in der Realität noch (um alle bis zum
220 Grundeinkommensbetrag zu verrechnenden steuerfinanzierten Sozialleistungen sowie
221 zu ersparenden Verwaltungsaufwand) vermindern würde. Zum Vergleich: Für das
222 soeben in Berlin eingeführte Beschäftigungsprojekt „Solidarisches Grundeinkommen“
223 wurden für ca. 1.000 begünstigte Personen Kosten von 35 Mio. Euro p.a. kalkuliert.

224 Hinzu kämen natürlich noch die Kosten einer wissenschaftlichen Begleitung, für Öffent-
225 lichkeitsarbeit und Veröffentlichungen.

226 Die Finanzierung eines BGE-Modellprojektes kann während der Projektphase durch
227 Haushaltsmittel erfolgen.

ANTRÄGE

228 Eine spätere mögliche Ausweitung auf Deutschland kann über viele denkbare Wege fi-
229 nanziert werden (z.B. über ein modifiziertes Steuersystem, einzusparende Bürokratie
230 und zu ersetzende, dann überflüssige andere Sozialleistungen. Eine Möglichkeit wäre
231 auch, dass Bundesbanküberschüsse in einen Fonds fließen und vergleichbar mit dem
232 norwegischen staatlichen Rentenfonds Erträge erwirtschaften, die anschließend für ein
233 BGE zur Ausschüttung kommen. – Diese Fragestellung ist nicht Bestandteil dieses An-
234 trages und noch intensiv zu diskutieren.

ANTRÄGE

| | |
|---|-----------------|
| Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg | Kreis 11 |
| Antrag <u>A 11 – 19</u> | |
| Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg | |
| KDV Lichtenberg am 21.09.2019 | |
| Beschluss KDV <u>Ja</u> <u>Stimmen</u> <u>Nein</u> <u>Stimmen</u> <u>Enthaltungen</u> <u>Stimmen</u> | |
| Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV | |
| Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK (Aufruf) | |

Die KDV der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Situation am Bahnhof Lichtenberg für alle Nutzer*innen akzeptabel gestalten

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamts Lichtenberg, der SPD Fraktion in
- 2 der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg sowie die sozialdemokratischen Mit-
- 3 glieder im Abgeordnetenhaus und im Berliner Senat werden aufgefordert, die Situation
- 4 und Gegebenheiten für die wohnungslosen Menschen am Bahnhof Lichtenberg so zu
- 5 lösen, dass für die Wohnungslose, die Besucherinnen und Besucher des Familienzentr-
- 6 rum auf dem Vorplatz am Bahnhof Lichtenberg und die Gäste des Bahnhofs Lichtenberg
- 7 eine zufriedenstellende und soziale Lösung gefunden wird.

- 8 Den Beschwerden der Fahrgäste und passierenden Menschen des Bahnhofs Lichtenberg
- 9 bzgl. Geruchsentwicklung und Verschmutzung muss nachgekommen werden, aber auch
- 10 den Sorgen des Familienzentrums, welche mit Rückgang des Besuchs von Familien und
- 11 Verschmutzung der abgestellten Kinderwagen aufgrund von Müll und menschlichen
- 12 Ausscheidungen zu kämpfen haben.

- 13 Gleichzeitig darf es aber nicht nur zur einfachen Verdrängung der Wohnungslosen kom-
- 14 men, sondern nachhaltige Lösungen vermittelt werden. Die Situation am Bahnhof Lich-
- 15 tenberg, ohne jegliche hygienischer und sozialer Infrastruktur, ist für die wohnungslosen
- 16 Menschen jedoch auch nicht weiter hinnehmbar. Daher soll stärker die Wirkung der an-
- 17 gebotenen Sozialarbeit vor Ort hinterfragt sowie evaluiert und anschließend entspre-
- 18 chend gezielt gefördert werden. Zusätzlich können "Safe Spaces" als sichere Orte den
- 19 Betroffenen die Möglichkeit geben sich dort in Zusammenarbeit mit Sozialarbeiter*in-
- 20 nen eine Perspektive zu erarbeiten, sich selbstbestimmt aus der Situation zu befreien.
- 21 Daher soll ein Konzept zur Einrichtung von zeitlich befristeten "Safe Spaces" (Sichere
- 22 Orte) geprüft werden, wobei vor der Einrichtung solcher eine Informationsveranstaltung
- 23 für die umliegenden Bereiche durchzuführen ist und der BVV ggf. ein konkreter Vor-
- 24 schlag zur Abstimmung vorgelegt werden muss.

- 25 Gleichzeitig sollten die Erfahrungen des Tagestreffs in der Weitlingstraße genutzt wer-
- 26 den und bspw. die Angebote dort stärker ausfinanziert werden.

- 27 Möglichkeiten, die der Hof des Tagestreffs bietet und im Besitz des Bezirkes ist, sollte
- 28 stärker (bspw. durch Bereitstellung von Schließfächern) für die Wohnungslosen genutzt
- 29 werden.

ANTRÄGE

30 **Begründung:**

31 Die Strukturen der wohnungslosen Menschen am Bahnhof Lichtenberg haben sich seit
32 dem Winter verfestigt. Die provisorische Unterkunft ist zu einer festen Unterkunft für
33 Etliche geworden, welche von den Wohnungslosen weiter ausgebaut wird. Doch Einrich-
34 tungen für Hygiene und WCs fehlen am Standort.

35 Gleichzeitig scheint die Wirkung der bezahlten Angebote der Sozialarbeit, welche die
36 Wohnungslose in koordinierte und helfende Strukturen übermitteln soll, nicht spürbar
37 zu wirken.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag ÄA I 01 – 19 (AK Stadtentwicklung)

Ursprünglicher Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/Friedrichsfelde Süd

KDV Lichtenberg am 16.02.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK Stadtentwicklung, ÄA 01-19

Adressat:

SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg

SPD-Fraktion im AGH

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

1 **Infrastruktur bei großen Neubauvorhaben rechtzeitig mitplanen**

2

3 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden
4 ersucht, sich dafür einzusetzen, dass bei Projekten des Wohnungsbaus in Berlin die
5 notwendige soziale und Verkehrsinfrastruktur rechtzeitig mitgeplant wird. Insbeson-
6 dere bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere soll die benötigte Infrastruktur bereits
7 bei Fertigstellung der ersten Wohnungen bereits existieren.

8 Die Bezirke sollen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, dass die der Inf-
9 rastrukturplanung zugrunde liegenden Planwerke (u.a. soziale Infrastrukturkonzepte,
10 Kitaentwicklungspläne, Schulentwicklungspläne, Bereichsentwicklungspläne) stets auf
11 einem aktuellen Stand sind und rasch an aktuelle Entwicklungen angepasst werden
12 können. Für die Bezirke sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, die entsprechen-
13 den Planwerke aktuell zu halten und diese gegenüber der Bevölkerung regelmäßig zu
14 kommunizieren.

15 Bei einer zeitgleichen Planung von Wohnungsbauvorhaben und Infrastruktur ist in ver-
16 stärktem Umfang von einer direkten Abtretung von Flächen des Vorhabensträgers im
17 Sinne des § 1.5 des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung Gebrauch zu
18 machen.

19 **Begründung:**

20 Derzeit ergeben sich in Berlin und anderen Ballungszentren erhebliche Probleme bis
21 hin zu sozialem Sprengstoff daraus, dass die Fristen, in denen nach Fertigstellung von
22 Wohngebieten auch die soziale und verkehrstechnische Infrastruktur zu erstellen sind,
23 zu lang sind, bzw. zum Zeitpunkt der Genehmigung von Wohnungsbaugebieten nicht
24 einmal Standorte für entsprechende Schulbauten vorhanden sind.

25

26 Diesem Teufelskreis muss endlich ein Ende gemacht werden. Die parallele Planung von
27 Wohn- und sozialer Infrastruktur ist weiterhin eine wesentliche Voraussetzung für eine
28 harmonische Stadtentwicklung und die Gestaltung lebenswerter Wohngebiete.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 10 – 19

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK (Konsens)**

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Bau neuer Stadtteile (Berlin 4.0 – modern und CO₂-neutral)

29 Berlin braucht deutlich mehr Wohnungen. Es gibt so gut wie keinen Leerstand mehr,
 30 die Mieten steigen rasant. Gleichzeitig entstehen viele neue Arbeitsplätze und locken
 31 kontinuierlich Menschen in die Stadt. Zuletzt zogen etwa 40.000 Menschen pro Jahr
 32 nach

33 Berlin. Dieser Zuzug ist nicht allein durch Nachverdichtungen und den Ausbau von
 34 Dachgeschossen aufzufangen, die zudem zulasten der bisherigen Anwohner und der
 35 bestehenden Infrastruktur gehen.

36 Notwendig ist es daher, gänzlich neue Stadtteile zu schaffen. Sie sollen attraktiven
 37 Wohn- und Lebensraum für 400.000 Menschen bieten. Damit käme Berlin auf
 38 4 Millionen Einwohner.

39 Das Projekt Berlin 4.0 steht dabei für die Einwohner*innenzahl und macht zugleich
 40 deutlich, dass die neuen Stadtteile zukunftsweisend gebaut werden. Unter Beachtung
 41 der neuesten städtebaulichen Erkenntnisse werden die Möglichkeiten der Digitalisie-
 42 rung und der modernen Mobilität genutzt. Zugleich muss auf CO₂-Neutralität und eine
 43 soziale Durchmischung und die notwendige soziale Infrastruktur geachtet sowie ent-
 44 sprechende Gewerbe-Kultur-Flächenvorgehalten werden. Berlin hat hierbei die Chance,
 45 eine Führungsposition im Kampf gegen die Klimakrise einzunehmen und ihren Status
 46 als Wissenschaftsstandort weiter auszubauen. Sie kann hier mutig sein und neue Wege
 47 einschlagen. Zum Beispiel indem die Gebäude als kleine Mikrokraftwerke gebaut wer-
 48 den, sodass Energie direkt vor Ort gewonnen werden kann. Berlin kann mit diesen
 49 neuen, grünen Quartieren Inspiration für andere Metropolen sein. Dadurch werden die
 50 Stadtteile werden auch attraktiv für Besserverdienende und reduzieren den Verdrän-
 51 gungsdruck innerhalb des Rings.

52 Der Senat wird beauftragt, Pläne für die neuen Stadtteile und deren Anbindung zu ent-
 53 wickeln bzw. fortzusetzen. In erster Linie sollen dabei begonnene Projekte endlich um-
 54 gesetzt werden.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag A 15 – 19

Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/Friedrichsfelde-Süd

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK (Konsens)

Adressat:

KDV Lichtenberg

Parkstadt und Gartenstadt müssen gebaut werden, Maßnahmen zur angemessenen Verkehrsanbindung sollten einhergehen

1 Die SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg und die Stadträtin für Stadtentwicklung, Wirt-
2 schaft und Soziales werden darin unterstützt, alles dafür zu tun und die notwendige
3 Beschlusslage herbeizuführen, damit die Bauprojekte in der Parkstadt und der Garten-
4 stadt Karlshorst nun angegangen werden können.

5 Im Jahr 2018 ist zwischen dem Bezirksamt und dem Investor Bonava ein städtebauli-
6 cher Vertrag zur Entwicklung des Gebietes Blockdammweg-Trautenauer Straße mit Er-
7 richtung von etwa 1.000 Wohnungen geschlossen worden. Der Vertrag zwischen dem
8 Bezirksamt und dem Investor wurde entsprechend gültigem Baurecht ohne Einbezie-
9 hung der Staffelgeschosse der Häuser in die Berechnungen für das Berliner Modell ein-
10 bezogen. Derzeit ist die Schaffung von 200 Sozialwohnungen vereinbart. Teil des Pro-
11 jekts ist ebenfalls die Schaffung von Einzelhandelsfläche für einen dort dringend benö-
12 tigten Einkaufsmarkt, sowie die Schaffung von weiteren Flächen für Büros, Gewerbe
13 und Arztpraxen. Wesentlicher Teil des Projekts ist, dass der Investor ein Grundstück für
14 den dringend benötigten Schulbau zur Verfügung stellt, welches bereits in der Schnell-
15 bauplanung für Schulgebäude des Senats aufgenommen ist. Weiterhin werden 130
16 Kita-Plätze geschaffen. Darüber hinaus wurde im Verlauf der Nachverhandlungen mit
17 dem Bezirk die Bindungsdauer der zu errichtenden Sozialwohnungen von 25 auf 30
18 Jahre durch den Investor erhöht.

19 Die SPD Lichtenberg unterstützt die BVV-Fraktion und die SPD-Stadträtin dabei, alles zu
20 unternehmen, um den abgeschlossenen Vertrag umzusetzen, sodass nun endlich mit
21 den Arbeiten begonnen werden kann. Das neue Wohngebiet mit Grünflächen auf einer
22 ehemaligen Industriebrache wird zu einer Bereicherung des Wohnumfeldes führen und
23 dringend benötigter Wohnraum schaffen.

24 Die SPD Lichtenberg unterstützt die BVV-Fraktion und die SPD-Stadträtin darin, alles zu
25 unternehmen, um die notwendige Verkehrsinfrastruktur zu schaffen, damit die bereits
26 jetzt angespannte Verkehrssituation weitestgehend entlastet werden kann. Dazu soll
27 insbesondere die Straßenbahnanbindung an die Bahnhöfe Nöldnerplatz/Ostkreuz und

ANTRÄGE

- 28 Karlshorst geschaffen werden. Weiterhin sollten die Taktzeiten den gewachsenen Be-
- 29 darfen angepasst werden.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 20 – 19

Antragsteller: Abteilung 6 Karlshorst/Friedrichsfelde-Süd

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK (Konsens)

Adressat:

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

Sportplatz für alle Karlshorster

1 Die Planung und Errichtung wenigstens eines Sportplatzes für den Stadtteil Karlshorst
2 ist mit ganzer Kraft voranzutreiben.

3 Dieser Sportplatz soll dem Schulsport, Vereinssport, aber auch der Bevölkerung für den
4 Freizeitsport zur Verfügung stehen.

5 Aufgrund des Wachstums des Stadtteils soll darüber hinaus an einem zweiten mög-
6 lichst zentral gelegenen Sportplatzstandort gearbeitet werden. Das Bezirksamt soll be-
7 auftragt werden, an der Prüfung weiterer geeigneter Flächen zu arbeiten. Eine 400-Me-
8 terbahn und Einrichtungen für Weitsprung, Wurfdisziplinen und Ballsportarten gehö-
9 ren zur Grundausrüstung.

Begründung

11 Der Stadtteil Karlshorst ist einer der am schnellsten wachsenden Stadtteile Lichten-
12 bergs. Die Zahl der Einwohner*innen und die Zahl der Schüler*innen ist in den letzten
13 Jahren stark angestiegen und wird aufgrund der Bauvorhaben weiter zunehmen. Ohne
14 einen einzigen Sportplatz ist Karlshorst innerhalb von Lichtenberg und Berlin seit Jah-
15 ren unterversorgt. Bisher gibt es ausschließlich Planungen und Debatten über wech-
16 selnde Standorte. Diesen Debatten müssen nun endlich Taten folgen.

17 Auch Karlshorster Kinder haben ein Recht auf Sportunterricht auf einem richtigen
18 Sportplatz. Sie sollen, wie die anderen Kinder, die leichtathletischen Sportarten in vol-
19 lem Umfang betreiben und erlernen können.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg **Kreis 11**

Antrag A 21 – 19

Antragsteller: Arbeitskreis Stadtentwicklung

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme (Konsens)

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Mieterrechte bei der Prüfung der Betriebskostennachweise stärken

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert gesetzliche
- 2 Regelungen zu schaffen, die es privaten Mieterinnen und Mietern erlauben sich bei
- 3 Zweifeln an der Betriebskostenabrechnung Kopien der Abrechnungsbelege zur
- 4 Betriebskostenabrechnung anfertigen zu lassen.

5 Begründung:

- 6 Nach einer Schätzung des Mieterbundes ist jede zweite Betriebskostenabrechnung
- 7 fehlerhaft. Mieterinnen und Mieter zahlen mehr Nebenkosten als sie eigentlich müss-
- 8 ten.
- 9 Aktuell können Vermieter die Ausgabe von Kopien der Abrechnungsbelege verwehren.
- 10 Eine Einsicht der Abrechnungsbelege in den Räumen des Vermieters darf nicht verwei-
- 11 gert werden. Die Prüfung einer Betriebskostenabrechnung ist sehr aufwändig und be-
- 12 darf Ruhe. Um Fehler in der Abrechnung zu finden, ist eine genaue Prüfung notwendig.
- 13 Für eine Prüfung in einem ruhigen Umfeld und ohne Zeitdruck ist es notwendig Kopien
- 14 der relevanten Abrechnungsbelege zu erhalten.

ANTRÄGE

| | |
|--|-----------------|
| Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg | Kreis 11 |
| Antrag <u>A 25 – 19</u> | |
| Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg | |
| KDV Lichtenberg am 21.09.2019 | |
| Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen <u>Enthaltungen</u> Stimmen | |
| Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input checked="" type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV | |
| Empfehlung der Antragskommission: Annahme | |

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Klimanotstand für Berlin ausrufen!

- 1 Eine engagierte und progressive Klimapolitik ist zutiefst solidarisch und sozialdemokra-
- 2 tisch. Von den Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels werden wir als Ge-
- 3 sellschaft gesamt betroffen sein. Wir brauchen daher auch gesamtgesellschaftliche Lö-
- 4 sungsansätze.
- 5 Wir fordern daher, dass die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokra-
- 6 tischen Mitglieder des Senats sich dafür einsetzen sollen, den Klimanotstand auszurufen
- 7 und damit die Klimakrise und ihre Folgen als Probleme von höchster Priorität anzuerken-
- 8 nen.
- 9 Dadurch soll bei allen Entscheidungen des Abgeordnetenhauses und des Senats die Aus-
- 10 wirkungen auf das Klima bedacht und Lösungen bevorzugt werden, die sich positiv auf
- 11 den Klimaschutz auswirken und die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische
- 12 Nachhaltigkeit berücksichtigen. Politische Entscheidungen sollen demnach die Ergeb-
- 13 nisse des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) berücksichtigen. Die Aus-
- 14 wirkungen auf das Klima und die Umwelt sind in jedem Beschluss mitaufzuführen, bei
- 15 negativen Auswirkungen muss zwingende Erforderlichkeit des Beschlusses begründet
- 16 werden.
- 17 In dem Zusammenhang sollte Berlin seine Bedeutung als Wissenschaftsstandort noch
- 18 weiter ausbauen und mehr Lehrstühle einrichten, die Klimaschutz als zentrales For-
- 19 schungsgebiet haben und sich mit der Transformation hin zu einer klimaneutralen Ge-
- 20 sellschaft beschäftigen.
- 21 **Begründung:**
- 22 Seit dem Unterzeichnen des Pariser Klimaschutzabkommens 2016 ist wenig Praktisches
- 23 geschehen, um eine Erwärmung des Planeten um 1,5 Grad Celsius zu verhindern, obwohl
- 24 wir über die Folgen eines derartigen Temperaturanstieges informiert und uns der Aus-
- 25 wirkungen für unser Leben bewusst sind. Noch können wir etwas daran ändern, dies
- 26 muss aber schnell und konsequent geschehen. Es geht darum auch den nachfolgenden

ANTRÄGE

- 27 Generationen eine lebenswerte Welt zu überlassen. Deswegen protestieren Organisati-
28 onen und Bewegungen wie Fridays For Future für eine Klimapolitik, die ihren Namen
29 auch verdient, deswegen opfern Schüler*innen regelmäßig die Schulzeit, denn für wel-
30 che Zukunft sollen sie lernen, wenn wir ihnen diese Zukunft nehmen? Mit ihnen müssen
31 wir uns solidarisch zeigen.
- 32 Die Zeit des Abwägens ist vorbei, wir müssen jetzt handeln.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 27 – 19

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission: Annahme i.d.F.d.AK (Konsens)**

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Haltestelle für Bus, Bahn und Biene

- 1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen Mit-
- 2 glieder des Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass alle Dächer
- 3 der Berliner Haltestellen für Bus und Tram, sowie die Dächer der oberirdischen U- Bahn-
- 4 höfe mit Ausnahme historischer Bahnsteigdächer bzw. –hallen, mit bienenfreundlichen
- 5 Pflanzen, wie beispielsweise Sedum, bepflanzt werden. Die baulichen Voraussetzungen
- 6 müssen dafür gegeben sein.

Begründung:

- 7 Bienen spielen eine zentrale Rolle in unserem Ökosystem. Sie tragen zum Erhalt der Ar-
- 8 tenvielfalt bei und sind wichtig für die Landwirtschaft. Doch die Bienenpopulationen
- 9 werden immer weniger. Dadurch ist die Artenvielfalt bedroht und auch unsere Nah-
- 10 rungsmittelproduktion. Mit bepflanzt Haltestellendächern bekommen die Bienen
- 11 wieder mehr Lebensraum und somit wird zum Erhalt der Artenvielfalt beigetragen. Se-
- 12 dum-Pflanzen filtern außerdem Feinstaub aus der Luft und speichern Regenwasser. Sie
- 13 halten also längere Trockenzeiten aus. Die Stadt Utrecht in den Niederlanden hat es vor-
- 14 gemacht und bereits 316 solcher Haltestellen installiert. Sie werden dort „Bee Stops“ ge-
- 15 nannt.
- 16

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag A 34 – 19

Antragsteller: Abteilung 4 Alt-Lichtenberg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: kein mehrheitliches Votum (Aufruf)

Die KDV der SPD Lichtenberg,
Der Landesparteitag der SPD Berlin,
Der Bundesparteitag der SPD mögen beschließen:

Besteuerung von Treibstoffen an Klimaziele anpassen

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung wer-
- 2 den aufgefordert, dem Bundestag einen Gesetzesentwurf zur Anpassung der Besteue-
- 3 rung von Treibstoffen an die Klimaziele vorzulegen und sich für dessen Beschluss ein-
- 4 zusetzen.

- 5 Der Gesetzesentwurf soll eine Abschaffung der Steuererleichterungen für den Verbrauch
- 6 von Diesel und Kerosin im Vergleich zu anderen fossilen Treibstoffen beinhalten. Die
- 7 daraus zu erwartenden Mehreinnahmen sollen in Steuererleichterungen für den Ver-
- 8 brauch nachhaltig produzierter Treibstoffe und nachhaltig produzierten Stroms inves-
- 9 tiert werden. Für die zu erwartende Mehrbelastung kleinerer und mittlerer Agrarbe-
- 10 triebe ist ein Ausgleich zu schaffen. Im Ergebnis sollen sich keine wesentlichen Mehr-
- 11 oder Minderbelastungen des Staatshaushaltes ergeben.

- 12 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlamentes werden gebeten, eine
- 13 entsprechende Initiative auf europäischer Ebene zu starten.

14 Begründung:

- 15 Deutschland hat das Übereinkommen von Paris zusammen mit allen anderen Staaten
- 16 der Welt unterzeichnet, das eine Begrenzung der menschengemachten globalen Erwär-
- 17 mung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten vorsieht.
- 18 Der vorliegende Antrag beschreibt einen Schritt, der verwaltungstechnisch relativ
- 19 leicht umzusetzen und finanziell weitgehend neutral wäre sowie eine sofortige Wir-
- 20 kung erzielen würde. Es ist davon auszugehen, dass sich die Fortbewegung mit Diesel-
- 21 und Kerosintrieb sofort und dauerhaft verringern wird, ohne dass dafür aufwendig
- 22 und unbeliebt durchzusetzende Verbote erlassen werden müssen.
- 23 Insbesondere kleine Agrarbetriebe haben nicht immer die finanziellen Möglichkeiten,
- 24 ihren Fuhrpark kurzfristig anzupassen. Teilweise bestehen am Markt auch (noch) keine
- 25 technischen Alternativen zu dieselbetriebenen Maschinen. Da die Landwirtschaft aus

ANTRÄGE

- 26 vielerlei Gründen unverzichtbar ist, sind hier entsprechende Ausgleiche für die Mehrbe-
27 lastungen zu schaffen. Denkbar wäre zum Beispiel, den nachgewiesenen Dieserver-
28 brauch analog zur Pendlerpauschale über die Steuererklärung zu subventionieren.

ANTRÄGE

Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg

Kreis 11

Antrag A 28 – 19

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV

Empfehlung der Antragskommission: Annahme

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:
Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Kita-Qualität verbessern, Arbeitsbedingungen in der Frühen Bildung attraktiv gestalten und Ausbildungssystem modernisieren

1 Kita-Qualität verbessern

2 *1. Heute schon an die Zukunft denken – Qualitätsausbau in Kitas weiter vorantreiben*

3
4 Berlin verbessert auf Initiative der SPD kontinuierlich den Betreuungsschlüssel. Dieser
5 Weg ist richtig, da er die Qualität der Bildungsangebote für die Kinder in den Kitas erhöht
6 und die Belastung für die Erzieher*innen senkt. Auch wenn der Fachkräftemangel derzeit
7 akut ist, kann nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zu einer
8 langfristigen Behebung des Mangels und damit auch zu einer Steigerung der Qualität
9 beitragen. Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
10 und des Abgeordnetenhauses auf, sich für die Umsetzung der Beschlusslage der Berliner
11 SPD einzusetzen und den Betreuungsschlüssel schrittweise auf 1:3 in der Krippe und in
12 der Kita auf maximal 1:7,5 zu verbessern.

13 *2. Kita-Leitung großer Einrichtungen durch Freistellung von stellv. Leitung entlasten*

14
15 Die Schlüsselposition von Kita-Leitungen für eine gute Qualität in den Einrichtungen ist
16 empirisch bereits belegt. [Eine aktuelle Studie](#) der Bertelsmann-Stiftung macht deutlich,
17 wie stark sich das Berufsfeld der Kita-Leitung gewandelt hat, welchen hohen Belastun-
18 gen die Leitungskräfte ausgesetzt sind und in welchen Spannungsfeldern sie sich täglich
19 bewegen. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des
20 Abgeordnetenhauses auf, sich dafür einzusetzen, dass in Einrichtungen über einer zu
21 definierenden Mindestgröße die stellvertretende Leitung zusätzlich zur Kita-Leitung
22 freigestellt wird. Je größer die Einrichtungen sind, desto größer sind auch potenzielle ge-
23 sundheitliche Gefährdungen für die Kita-Leitung. Die Leitung hat jedoch als pädagogi-
24 sches Vorbild und als Visionär*in eine Schlüsselfunktion für die Organisations- und Tea-
25 mentwicklung und in dem Zusammenhang auch für die Kooperation mit den Familien

ANTRÄGE

26 und im Sozialraum, weshalb ein Ausfall der Leitungsebene in der Praxis zu großen Eng-
27 pässen führt. Um den komplexen Anforderungen gerecht zu werden, trägt die Freistel-
28 lung der Stellvertretung effektiv und präventiv zur Unterstützung und Verantwortungs-
29 teilung der pädagogischen Leitung bei.

30 *3. Bildungspotenziale nicht am Schreibtisch zurücklassen*

31 Die Verwaltungsaufgaben in den Kitas nehmen weiter zu. Die sozialdemokratischen
32 Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert sich
33 dafür einzusetzen das:

- 34 • an Kitas mit bis zu 60 Kindern der Anteil für Leitungstätigkeiten von derzeit 0,0111
35 auf 0,0222 Stellenanteile erhöht wird. (§19 VOKitaFöG)
- 36 • an Kitas von 61 bis 120 Plätzen eine halbe Stelle für Verwaltungsmitarbeiter*in-
37 nen per Finanzierung über das Kostenblatt zur Verfügung gestellt wird. Hier sollte
38 eine Eingruppierung im Vergleich zu Schulsekretariaten (EG 6 TV-L) erfolgen.
- 39 • an Kitas mit mehr als 120 Plätzen eine volle Stelle für Verwaltungsmitarbeiter*in-
40 nen per Finanzierung über das Kostenblatt zur Verfügung gestellt wird. Hier sollte
41 eine Eingruppierung im Vergleich zu Schulsekretariaten (EG 6 TV-L) erfolgen.
- 42 • Volle Stellen für Verwaltungsmitarbeiter*innen können auch auf mehrere, klei-
43 nere Kitas aufgeteilt und im Springersystem betreut werden.

44 Diese Verwaltungsmitarbeiter*innen sollen zusätzlich zur pädagogisch ausgebildeten
45 Leitung eingestellt werden und die Leitung bei Aufgaben wie bspw. Aufnahme von
46 Krankheitsmeldungen, Wartelisten-Management, Aktualisieren von Homepages und
47 allgemeinen Schrift- und Telefonverkehr entlasten. Diese Personen sind dem Betreu-
48 ungsschlüssel nicht anzurechnen.

49 *4. Finanzierung von öffentlichen und freien Trägern für gute Qualität sichern*

50 Die Berliner Kita-Landschaft ist bunt und das soll auch so bleiben. Ca. 25 Prozent der Ber-
51 liner Kinder besuchen eine landeseigene Kita und erhalten dadurch eine vollständige Fi-
52 nanzierung durch das Land. Die freien Kitas tragen aktuell einen finanziellen Eigenanteil
53 von 6 Prozent. Dieser wird in erster Linie durch geringere Ausgaben erbracht - mit oft-
54 mals negativen Auswirkungen auf die Qualität. Die derzeit geltende Finanzierung, die
55 bis 2021 eine Erstattung von 95 Prozent vorsieht, ist besonders mit Blick auf die stetig
56 steigenden Kosten (Miete, Betriebskosten, Sachkosten, etc.) kaum noch zu bewältigen.
57 Der hohe Eigenanteil verschärft die derzeitige schwierige Personalsituation noch mehr.
58 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeord-
59 netenhauses auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Trägerbasisfinanzierung von 100 Pro-
60 zent und die allgemeine Gleichstellung zwischen den öffentlichen und freien Trägern
61 realisiert werden. Zugleich muss sichergestellt werden, dass das Geld auch bei den Erzie-
62 her*innen ankommt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des
63 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert für mehr Transparenz und Kontrolle dieser
64 Kitas zu sorgen. Beispielsweise sollen freie Träger nur dann den vollen Finanzierungssatz

ANTRÄGE

65 bekommen, wenn sie ihr Personal mindestens tariflich bezahlen. Eine gleiche Behand-
66 lung aller Akteure und ein gemeinsames Vorgehen gegen Sozialdumping und schlechte
67 Bedingungen an Kindertagesstätten stärken den Frühe Bildungsstandort Berlin.

68 *5. Gerechte Mieten für Kitas*

69 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats und des Abgeordnetenhauses
70 werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass neu geschaffene Räumlichkeiten für
71 Kitaplätze durch die Wohnungseigentümer nicht zu Neumieten von 10€ oder mehr pro
72 Quadratmeter angeboten werden. Da Kitaträger einen Durchschnittspreis pro vergebene
73 Kitaplatz per Kostenblatt erhalten, sollten diese angesetzten Durchschnittsmieten
74 auch den Kitaträgern angeboten werden. Hohe Mieten gehen sonst meist direkt in eine
75 schlechtere Bezahlung des Personals über. Hier sind gerade die Landeseigenen Woh-
76 nungsunternehmen mit in die Verantwortung zu nehmen. Ob Ausgleichszahlungen für
77 die Wohnungsunternehmen durch das Land Berlin finanziert werden soll, gilt es zu prü-
78 fen. Mit den Landeseigenen Wohnungsunternehmen sollte ein Kooperationsvertrag ver-
79 handelt und geschlossen werden, sodass alle öffentlichen Träger für geringe Mieten
80 Kitas eröffnen können. Somit wird mit dem öffentlichen Wohnungsbau auch der kom-
81 munale Kita-Bau gefördert und Berlin bekommt einen stärkeren Einfluss in die kommu-
82 nale Kitagestaltung und Bezahlung des Personals. Dies würde eine weitere Verbesse-
83 rung in der Re-Kommunalisierung gesellschaftlich bedeutsamer Aufgaben für Berlin be-
84 deuten. Kitas freier Träger sollten bzgl. des Kündigungsschutzes Mietwohnungen gleich-
85 gestellt werden, damit sie besser geschützt sind.

86

87 **Arbeitsbedingungen in der Frühen Bildung attraktiv gestalten**

88 *6. Bezahlung von staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern in Berlin nach* 89 *Tarifgruppe E 11 (TV-L) - Altersarmut von Erzieherinnen stoppen*

90 90% aller Frauen zwischen 30 Jahren und 50 Jahren verdienen nach Abzug aller Steuern
91 und Beiträge unter 2000 Euro. Die meisten Erzieherinnen in Berlin gehören zu dieser Ein-
92 kommengruppe. Geringe Einkommen, fehlende Aufstiegschancen und kleine Renten
93 im Alter sind mehrheitlich die Folge für Frauen. Die Bezahlung und Arbeitsbedingungen
94 stehen in einem eklatanten Ungleichgewicht zu ihren Aufgaben und ihrer Verantwor-
95 tung für unsere Gesellschaft. Auch die in diesem Jahr durchgeführte Tariferhöhung
96 reicht nicht aus, um mehrheitlich Erzieherinnen vor Altersarmut zu bewahren. Wir for-
97 dern die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und des Abgeordnetenhauses auf, sich
98 dafür einzusetzen, dass staatlich anerkannte Erzieher*innen in Berlin nach Tarifgruppe
99 E 11 (TV-L) bezahlt werden. Ein höherer Lohn ist der erste entscheidende Schritt, um die-
100 sen Beruf aufzuwerten und seiner Bedeutung für unsere Gesellschaft gerecht zu werden.
101 Das Kostenblatt muss entsprechend angepasst werden, um zu gewährleisten, dass die
102 höheren Personalkosten nicht zu Einsparungen in anderen Bereichen der Betreuungs-

ANTRÄGE

103 einrichtungen führen. Wenn dies nicht möglich ist nach Abschluss der Tarifverhandlungen
104 in der Tarifgemeinschaft durchzusetzen, sollte diese Lücke zu E 11 (TV-L) über eine
105 Sonderzahlung geschlossen werden.

106 *7. Stärkere Strukturierung des Arbeitsfelds und tätigkeitsbezogene Aufstiegschan-*
107 *cen in Kitas schaffen*

108 In einer stärkeren Strukturierung des Arbeitsfeldes mit unterschiedlichen Stellenprofilen
109 für verschiedene Qualifikations- und Erfahrungsstufen und die Etablierung von horizon-
110 talen wie vertikalen Karrieremöglichkeiten läge die Chance, die Tätigkeit in der Frühen
111 Bildung für breitere Zielgruppen attraktiv zu machen. Beispielhaft sei die Tätigkeit des
112 Praxisanleiters/der Praxisanleiterin genannt, die sowohl für die berufsbegleitende Aus-
113 bildung als auch in der klassischen Fachschulausbildung wesentliche Teile der Qualifi-
114 zierung in der Kita begleiten. Wir fordern die sozialdemokratischen Senatsmitglieder
115 und des Abgeordnetenhauses auf, weitere tätigkeitsbezogene Aufstiegsmöglichkeiten
116 zu identifizieren und diese durch entsprechende Zulagen zu vergüten. Dies würde auch
117 dazu beitragen, dass Fachkräfte, die ihr Studium an Hochschulen und Universitäten in
118 Studiengängen mit einem Bachelor oder Master abgeschlossen haben und bisher nicht
119 in der Kita ankommen, Anreize haben, sich für solche Tätigkeiten zu bewerben und lang-
120 fristig an das Arbeitsfeld der Frühen Bildung gebunden werden.

121 *8. „Brennpunkt-Kitas“ zu Familienzentren ausbauen*

122 In Berliner Stadtteilen mit besonders großen sozialen Herausforderungen ist die Rolle
123 von Kitas für den Kiez umso wichtiger. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder
124 des Senats und des Abgeordnetenhauses dazu auf, einen massiven Ausbau von Kitas zu
125 Familienzentren voranzutreiben. Nur mit Unterstützung von Psycholog*innen, Sozialar-
126 beiter*innen, Stadtteilmüttern und -vätern und Übersetzer*innen können Kitas zu
127 Leuchttürmen in ihren Kiezen werden. Familienzentren sind Investitionen in die Kieze,
128 die dazu beitragen können, soziale Spaltung zu verhindern.

129 **Ausbildungssystem modernisieren**

130 *9. Die Ausbildung als Chance verstehen – Anreize zum Ausbilden auch für Kitas*
131 *schaffen*

132 Immer mehr Menschen stellen sich den besonderen Herausforderungen einer berufsbegleitenden
133 Ausbildung. Für die Kita bedeutet diese Form der Ausbildung, dass an zwei
134 Tagen in der Woche Personal fehlt. Je mehr berufsbegleitende Auszubildende an einer
135 Kita sind, desto größer sind die daraus resultierenden Engpässe. Zudem benötigen Aus-
136 zubildende noch Hilfen, Hospitationen und individuelle Gespräche durch Praxisanlei-
137 ter*innen. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeord-
138 netenhauses dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass berufsbegleitende Auszubildende
139 sofort nur zu 80 Prozent auf den Betreuungsschlüssel angerechnet werden. Mittelfristig

ANTRÄGE

140 sollten die Arbeitszeiten der berufsbegleitenden Auszubildenden nicht mehr auf den Be-
141 treuungsschlüssel angerechnet werden. Dies erhöht die Qualität der Ausbildung, redu-
142 ziert die Belastung für das Personal und schafft gleichzeitig Anreize dafür, dass Kitas aus-
143 bilden. Einrichtungen bekommen somit mehr Personal und sichern sich gut ausgebilde-
144 ten Nachwuchs. Um junge Menschen stärker für den Erzieher*innen-Beruf zu motivie-
145 ren, sollen die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhaus-
146 ses sich für eine Ausbildungsvergütung einsetzen, die an die mittlerweile hohen Lebens-
147 haltungskosten in Berlin angepasst ist.

148 *10. Ausbildung zur Frühen Bildung fokussieren und vielfältige Ausbildungsmöglich-*
149 *keiten ansprechender aufbereiten*

150 Die derzeitige Ausbildung befähigt Erzieher*innen sowohl in Krippen, Kitas, Schule und
151 Hort zu arbeiten als auch in Behinderteneinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe,
152 Ämter sowie teilweise in Krankenhäusern und in der Altenarbeit tätig zu werden. Da die
153 Vorbereitung auf einen Einsatz in nahezu allen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern zu
154 umfangreich für eine dreijährige Ausbildung erscheint, fordern wir die sozialdemokrati-
155 schen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf, eine Spezialisierung zur
156 „Fachkraft Kita, Schule, Hort“ im Rahmen der Ausbildung zu prüfen. Darüber hinaus wer-
157 den die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses auf-
158 gefordert, an einer transparenten Informationsplattform zu arbeiten, an der die vielfäl-
159 tigen Ausbildungs- und Einstiegsmöglichkeiten in Berlin für die Frühe Bildung übersicht-
160 lich und ansprechend dargestellt werden.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag 103 – 19

Antragsteller: Christian Paulus

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen StimmenWeiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission:**

Die KDV der SPD Lichtenberg,

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Kein Mietendeckel für verantwortungsvolle Vermietende

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden
- 2 aufgefordert, den Mietendeckel so anzupassen, dass Öffnungsklauseln für Wohnungen
- 3 eingebaut werden, die seit min. 10 Jahren keine Erhöhung der Kaltmiete erfahren ha-
- 4 ben und deren Miete unterhalb des Mietspiegels liegt (sowohl als auch).

Begründung:

- 6 Die Mietpreise der Berliner Wohnungsgenossenschaften gehören im Durchschnitt zu
- 7 den geringsten Mieten ganz Berlins. Sowohl im Neubau als auch im Bestand. Sie liegen
- 8 sogar unterhalb der Mieten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Die Ge-
- 9 nossenschaften sind ihren Genoss*innen verpflichtet und verlangen traditionell eine
- 10 Miete, die nur knapp oberhalb der Kostendeckung liegt. Eine Deckelung ihrer Mieten
- 11 und damit Einnahmen sorgt angesichts allgemeiner Preissteigerungen in kürzester Zeit
- 12 für einen defizitären Betrieb. Das haben die Genossenschaften, die seit Jahrzehnten
- 13 mietspreisdämpfend wirken, nicht verdient. Stattdessen haben Sie es verdient, dass wir
- 14 Ihnen unser Vertrauen aussprechen, dass sie auch künftig ihrer wichtigen Funktion im
- 15 Berliner Mietmarkt nachkommen werden.

ANTRÄGE

2. Überwiesene Anträge

| | |
|---|----------|
| Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg | Kreis 11 |
| Antrag <u>A 29a – 19</u> | |
| Antragsteller: Abteilung 1 Neu-Hohenschönhausen | |
| KDV Lichtenberg am 21.09.2019 | |
| Beschluss KDV <u>Ja</u> Stimmen <u>Nein</u> Stimmen Enthaltungen Stimmen | |
| Weiterleitung an <input type="checkbox"/> BVV <input type="checkbox"/> BA <input type="checkbox"/> LPT <input type="checkbox"/> LV <input type="checkbox"/> Senat <input type="checkbox"/> AGH <input type="checkbox"/> BPT <input type="checkbox"/> BT <input type="checkbox"/> PV | |
| Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an AK Stadtentwicklung | |

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

Die Stadt den Menschen, die dort wohnen

- 1 Eine sozialdemokratische Stadtentwicklungspolitik für Lichtenberg und Berlin muss sich
- 2 vor allem an einem ausrichten: an den Bedürfnissen der Menschen, die hier wohnen -
- 3 und auch an denen derer, die in Zukunft hierherziehen werden.
- 4 Stadtentwicklungspolitik darf sich aber nicht nur an Bevölkerungsprognosen orientie-
- 5 ren. Auch in einer wachsenden Stadt müssen Nachbarschaften bewahrt und Grün- und
- 6 Freiflächen sowie Kleingärten erhalten bleiben. Das Aussehen der Lichtenberger Ort-
- 7 steile darf nicht den vermeintlichen Notwendigkeiten einer wachsenden Stadt geopfert
- 8 werden. Stadtentwicklung bedeutet nicht nur, Neues zu bauen, sondern Bestehendes zu
- 9 erhalten und behutsam zu entwickeln.
- 10 Wir wollen eine Stadtentwicklungspolitik, die die Menschen in den Mittelpunkt ihrer
- 11 Überlegungen stellt.
- 12 Wir wollen die Mobilität aller Menschen gewährleisten - langfristig so, dass niemand auf
- 13 ein eigenes Auto angewiesen ist und diejenigen, die darauf angewiesen sind, es weiter
- 14 ohne Nachteile nutzen können.
- 15 Wir wollen, dass alle Menschen, so lange sie wollen, in ihrem angestammten Wohnum-
- 16 feld leben können - ohne Angst vor Verdrängung oder davor, im Alter umziehen zu müs-
- 17 sen, weil ihre Wohnung nicht barrierefrei ist.

- 18 Bauen in Nachbarschaften UND Entwicklung von neuen Quartieren

- 19 Wir wollen den Neubau von Wohnungen und Infrastruktur so organisieren, dass beste-
- 20 hende Nachbarschaften erhalten und behutsam entwickelt werden. Der Neubau darf
- 21 sich nicht nur an den Erfordernissen einer wachsenden Stadt richten, sondern muss auch
- 22 die Bedürfnisse von bereits bestehenden Nachbarschaften sinnvoll ergänzen. Neubau in
- 23 bestehenden Nachbarschaften soll grundsätzlich nur noch auf brach liegenden bzw. be-
- 24 reits versiegelten Flächen, als Dachgeschossausbau bzw. Aufstockung und im Dialog mit
- 25 den Anwohnerinnen und Anwohnern stattfinden. Die Ergänzung von notwendiger Inf-
- 26 rastruktur hat dabei Vorrang vor Wohnungsneubau, wenn absehbar ist, dass ergänzen-
- 27 der Wohnungsbau zu Engpässen bei der bestehenden Infrastruktur führen wird.

3.

ANTRÄGE

28 Die Fokussierung auf ergänzendes Bauen in Nachbarschaften (“Verdichtung”) und in-
29 nerstädtischen Brachen ist zu einseitig an den Erfordernissen der wachsenden Stadt ori-
30 entiert. Künftig muss es auch in Lichtenberg verstärkt darum gehen, bislang unbebaute
31 Flächen außerhalb von bestehenden Nachbarschaften für die Entwicklung von neuen
32 Stadtquartieren zu gewinnen. Dafür müssen durch den Bezirk die planerischen Voraus-
33 setzungen geschaffen werden. Die Entwicklung neuer Stadtquartiere muss unter enger
34 Einbeziehung der umliegenden Bevölkerung erfolgen. Eine aktive Wohnungsbaupolitik
35 darf sich nicht auf den Neubau beschränken. Die Entwicklung im Bestand, insbesondere
36 die Verbesserung der Barrierefreiheit, ist ebenso nötig, insbesondere um älteren Men-
37 schen ein möglichst langes Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Die lan-
38 deseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind hier in besonderer Verantwortung.

39 Mieterrechte stärken, Vorkauf erleichtern

40 Mietrecht ist Bundesrecht. Wir setzen uns dennoch dafür ein, dass Mieter*innen besser
41 vor Verdrängung geschützt und das kommunale Vorkaufsrecht gestärkt wird. Dazu
42 muss die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit angespann-
43 tem Wohnungsmarkt verboten werden. Die Fristen zur Ausübung des kommunalen Vor-
44 kaufsrechts müssen verlängert werden.

45 Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung muss so weiterentwickelt
46 werden, dass nicht nur der Anteil an mietpreis- und belegungsgebundenen, sondern dar-
47 über hinaus ein Anteil an Mietwohnungen festgeschrieben wird. Dieser soll mindestens
48 75 Prozent der insgesamt geplanten Wohnungen betragen. Damit sollen Modelle wie in
49 der geplanten Parkstadt Karlshorst, in der 750 Eigentumswohnungen neben 250 miet-
50 preis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen entstehen, verhindert werden. Es ist
51 uns ein zentrales Anliegen, dass weiterhin Mietwohnungen für breite Bevölkerungss-
52 chichten entstehen und nicht hochpreisige Eigentumswohnungen auf der einen und
53 ausschließlich geförderte Mietwohnungen auf der anderen Seite.

54 Verkehrswende nicht zulasten der Menschen

55 Wir unterstützen die Verkehrswende. Sie darf aber nicht dazu führen, dass Menschen in
56 ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Eine Verkehrspolitik, die den motorisierten Indivi-
57 dualverkehr einschränkt, ist notwendig. Sie kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn
58 bereits zuvor die Angebote des ÖPNV und der Sharing Mobility sowie die Voraussetzun-
59 gen für Radfahrende und zu Fuß gehende flächendeckend, also auch außerhalb des S-
60 Bahn-Rings, verbessert worden sind. Nur wenn die Voraussetzung für eine verlässliche,
61 bezahlbare und sichere Mobilität jenseits des eigenen Autos existieren, können Men-
62 schen dazu bewegt werden, auf ein eigenes Auto zu verzichten.

63 Deswegen wollen wir, dass die Takte auf bereits bestehenden Linien verbessert werden.
64 Dort, wo neue Wohngebiete entstehen bzw. bereits entstanden sind, muss die ÖPNV-

ANTRÄGE

65 Anbindung zügig, bei Neubauvorhaben bereits im Vorfeld, an die gestiegene Bevölke-
66 rung angepasst werden.

67 Wir wollen, dass durch den Senat rasch Planungen für den Bau von U-Bahn-Linien nach
68 Hohenschönhausen und entlang der Landsberger Allee sowie für den Bau der Nahver-
69 kehrstangente zwischen Karow und dem Flughafen BER aufgenommen bzw. diese be-
70 schleunigt werden. Der Bau der seit langem geplanten U-Bahn-Linien kann die bereits
71 jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze operierenden Straßenbahnlinien M4, M5, M6 und M8
72 entlasten. Durch die Nahverkehrstangente würde sich die ÖPNV-Anbindung von großen
73 Teilen des Bezirks (Hohenschönhausen, Friedrichsfelde, Karlshorst) entscheidend ver-
74 bessern.

ANTRÄGE**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Lichtenberg****Kreis 11**Antrag A 26 – 19

Antragsteller: Abteilung 5 Friedrichsfelde-Rummelsburg

KDV Lichtenberg am 21.09.2019

Beschluss KDV Ja Stimmen Nein Stimmen Enthaltungen Stimmen

Weiterleitung an BVV BA LPT LV Senat AGH BPT BT PV**Empfehlung der Antragskommission: Überweisung AK Stadtentwicklung**

Die KDV Lichtenberg möge beschließen:

Stadtentwicklung for the many, not the few - Leitlinien einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik für Lichtenberg zeichnen

- 1 Die SPD Lichtenberg sieht eine große Verantwortung in der Entwicklung unseres Bezirks
 2 zu einem familienfreundlichen Wohn-, Gewerbe- und Kulturstandort. Wir möchten die
 3 Gestaltung dabei mit
 4 einer klar erkennbaren, sozial nachhaltigen Linie für alle Bürger*innen der Stadt nutzbar
 5 umsetzen. Die Stadtentwicklungspolitik, hinter der wir stehen, wollen wir auch im Bezirk
 6 sichtbar machen.
- 7 Berlin und damit verbunden Lichtenberg hat sich wie kaum eine andere europäische
 8 Metropole gewandelt. Viele Brachen, die nach dem Mauerfall oftmals im Osten der Stadt
 9 und entlang der Spree frei lagen, konnten inzwischen genutzt werden, um den lange Zeit
 10 klammen Haushalt der Hauptstadt und ihr internationales Ansehen zu regenerieren. So
 11 wuchs die Stadt über die vergangenen Jahrzehnte zu einem der beliebtesten Tourismus-
 12 ziele Europas. Nicht unwesentlich dazu beigetragen haben die vielfältigen subkulturel-
 13 len Projekte und Initiativen aller Bürger*innen, die von den Bewohner*innen auf brach-
 14 liegenden oder ungenutzten Flächen aufgebaut wurden und damit für alle nutzbar
 15 machten, noch bevor die Verwaltung ihnen ihre eigentliche Bestimmung nach den Wen-
 16 dewirren zuweisen konnte. Während es bis vor einigen Jahren noch nachvollziehbar
 17 war, finanzstarke Investoren für das als „arm aber sexy“ geltende Berlin zu werben, wur-
 18 den die selbstverwalteten Projekte immer weiter an den Stadtrand gedrängt und die
 19 Berlin charismatisch machende Vielfalt gerät immer mehr in Bedrängnis.
- 20 Neben der Verdrängung und dem Verschwinden der Projekte, die Berlin international
 21 bekannt gemacht haben, steht der stark wachsende Bedarf an Wohnraum. Um diesen
 22 zur Verfügung zu stellen, dürfen aber nicht nur Lücken schnell gestopft werden. Wir
 23 müssen Gebiete schaffen, die bis weit in die Zukunft Bestand haben. Wir erkennen, dass
 24 der zeitliche Druck nicht der alles bestimmende Faktor sein darf.

ANTRÄGE

25 Daher stellen wir die folgenden Leitlinien für unser politisches Handeln auf. Diese
26 Punkte sollen für konkrete Standorte in Lichtenberg ausgearbeitet und in unserer politi-
27 schen Arbeit beworben werden, um sie mit den nötigen Mehrheiten umsetzen zu kön-
28 nen.

29 Herausforderungen zwischen Tourismus, Gewerbe und Kultur stemmen

30 Wir wollen, dass Lichtenberg weiterhin ein beliebter Ort zum Erleben, Verweilen und
31 Entspannen bleibt. Anziehungsmagnete soll eine Mischung aus vielen, kleineren Kiez-
32 originalen oder Bauvorhaben mit Kiezbezug sein. Mit kiezbezogenen Kultur- und Touris-
33 musangeboten ermöglichen wir eine Teilhabe vieler, denn: Ohne teure Eintrittspreise,
34 wird auch für finanziell schwächere Tourist*innen das Erlebnisangebot unseres Bezirkes
35 breiter, während parallel Kleinunternehmen und lokale Kunst- und Kulturtreibende pro-
36 fitieren.

37 Umgesetzt haben wir diese Leitlinie bereits in der Herzbergstraße, wo im Gewerbegebiet
38 Verdrängung durch Kunstgroßausstellungen unterbunden wird und mit unserem ge-
39 plantem Kunst- und Kulturhaus in Hohenschönhausen werden wir eine alternative Mög-
40 lichkeit schaffen, Kunst für alle dort umzusetzen, wo Kulturinvestition sozial verträglich
41 sinnvoll umsetzbar ist.

42 Außer für Kunstschaffende ist Lichtenberg auch Zufluchtsort für Musiker*innen und
43 Clubbetreiber*innen geworden, zum Beispiel im Club Polygon oder im Berliner Rockhaus.
44 Hier gilt ebenso, dass Orte, die eine vielfältige Kultur leben und Rückzugsräume für Per-
45 sonen, die Schutz vor Diskriminierung benötigen, darstellen, geschützt werden. Projekte,
46 die feministische und inklusive Konzepte vorantragen, dürfen nicht verschwinden, so
47 dass wir uns dafür einsetzen wollen, Orte zu finden, wo sie ohne Konflikte zur Nachbar-
48 schaft weiterhin Freiräume bleiben können. Einige dieser Freiräume konnten erst ent-
49 stehen, weil Zwischennutzungen gestattet wurden oder sich auf ungenutzten Flächen
50 von selbst entwickelt haben. Bei Projekten, die eine gewisse Strahlkraft und sich als so-
51 zialer Freiraum und Rückzugsort etabliert haben, muss der Versuch unternommen wer-
52 den, dass diese vor Ort oder an einem anderen Ort erhalten bleiben.

53 Zum Kulturangebot gehören auch Museen und Gedenkstätten. Diese müssen ebenfalls
54 unterstützt werden, notwendige Flächen erhalten bleiben oder wo nötig, bauplanerisch
55 Rechtssicherheit hergestellt werden, so dass ihr historischer Charakter erhalten bleibt.
56 Zum Beispiel sollte die Gebäudestruktur des Stasieländes so erhalten bleiben, dass wei-
57 terhin sichtbar bleibt, wie groß die Machtfülle des Stasiapparates war.

58 Ökologisch sozialverträgliche Bebauung von Freiflächen und Innenhöfen

59 Wir wollen, dass in Lichtenberg die Bebauung von Freiflächen und Innenhöfen mit be-
60 stimmten Bedingungen verbunden wird. Leitlinie soll dabei der Erhalt oder die Schaffung
61 von Begegnungszonen sein sowie die Fokussierung gezielter Bepflanzungen in allen
62 Bauvorhaben in der zukünftigen Stadt- und Verkehrsplanung, um auch gegen die Aus-
63 wirkungen des Klimawandels besser gewappnet zu sein. Gerade in schon dicht besiedel-
64 ten Gebieten ist ein alleiniger Fokus auf Wohnungen nicht zielführend, um eine gute

ANTRÄGE

65 Lebensqualität der Bewohner*innen zu erhalten. Die Priorität sollte dort im Bau von so-
66 zialer Infrastruktur oder Kulturangeboten liegen. Wenn Innenhöfe bebaut werden, neh-
67 men wir den Leuten eine Möglichkeit sich unvoreingenommen begegnen zu können –
68 Nachbarschaften finden im Stadtraum häufig über Straßenecken und Wohngesellschaf-
69 ten hinaus statt. Bei Bebauung müssen wir dafür Ersatz schaffen, indem bspw. in den
70 unteren Etagen, eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Kita, ein Stadtteilzentrum oder an-
71 dere Räume für bürgerliches Engagement geschaffen werden. Zudem muss die Begrü-
72 nung von Außenfassaden und Dächern verpflichtend werden, damit der Klimakrise ein-
73 halten geboten werden kann und weniger Grün durch Bebauung verschwindet. Sollen
74 auf einem Dach Solarmodule montiert werden, ist die Begrünung der Außenfassade zu
75 forcieren. Denn für ein erfolgreiches Aufhalten der Klimakrise bedarf es gleichwertig so-
76 wohl der verstärkten Begrünung von Dächern und Außenfassaden als auch dem Ausbau
77 von Solaranlagen. Außerdem muss bei Grundstücken, die einen Zugang zu Wasserflä-
78 chen haben, dieser auch nach der Bebauung zur Nutzung für die Öffentlichkeit erhalten
79 bleiben.

80 Berliner Mieten

81 Unser Wohnraum muss bezahlbar bleiben, um weiterhin ein kinder- und familien-
82 freundlicher Bezirk bleiben zu können. Neben Neubau ist der Mietendeckel eines der
83 richtigen Instrumente, um das zu erreichen. Als SPD Lichtenberg wollen wir, dass die Un-
84 terstützung des Mietendeckels nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern diesen vor
85 allem in unserem Bezirk bekanntmachen, beispielsweise durch darauf bezogene Verteil-
86 oder Steckaktionen.

87 In der Diskussion zur Enteignung von Immobilien schließen wir die Möglichkeit zur An-
88 wendung von Artikel 14 bzw. Artikel 15 GG nicht aus. Dafür in Frage kommen Immobilien
89 dort, wo ein möglicherweise erfolgreiches Verfahren in Kosten und Zeit im Verhältnis
90 zur gewonnenen Mietstabilisierung steht.

91 Vernetzung genossenschaftlicher Initiativen und Wohnprojekte vor Ort

92 Mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen hat das Land Berlin starke Institutio-
93 nen, die neuen Wohnraum für bezahlbare Mieten schaffen. Die bisherige Zusammenar-
94 beit mit ihnen soll fortgeführt werden.

95 Wir wollen, dass alternative Wohnprojekte und -konzepte, wie zum Beispiel der Zusam-
96 menschluss eines Kollektivs, das ein Mietshaus als Eigentümerkollektiv übernimmt,
97 wenn sie einem erkennbaren kulturellen, ökologischen oder sozialen Auftrag folgen, ge-
98 fördert werden und nicht als schlechtere Investoren abgetan werden. Hierfür bieten sich
99 rechtlich verschiedene Optionen wie etwa die Gründung von Genossenschaften an, wel-
100 che wir den Möglichkeiten nach ebenfalls fördern wollen. Die Grundstücke sollen dabei
101 nur in Erbpacht vergeben werden. Um einen weiteren Blick auf moderne, soziale und
102 ökologische Formen des Zusammenwohnens und Zusammenwirtschaftens zu gewin-
103 nen, müssen wir vermehrt in den Austausch mit bereits bestehenden Projekten in Lich-
104 tenberg gehen, wie beispielsweise La Vida Verde, Hausprojekt Wönnichstr. 103 oder un-
105 terstützenden Organisationen wie dem Mietshäuser Syndikat.

ANTRÄGE

106 Bürger*innenbeteiligung

107 Die bisherigen Bestimmungen zu Bürger*innenbeteiligung bei großen Bauprojekten und
108 der Erstellung von Rahmenplänen sind gut, aber keinesfalls ausreichend. Gerade in lang-
109 gezogenen Planungsvorhaben zeigt sich, dass in einer Stadt, die sich parallel zu ihrer Be-
110 völkerungsstruktur ebenso rasant verändert, keine Legitimation mehr aus ggf. lang zu-
111 rückliegenden Beteiligungsverfahren gewonnen werden kann. Dasselbe gilt bei beson-
112 ders komplexen Bauvorhaben, in denen bei einer hohen Anzahl an Einbringungen durch
113 die Bürger*innen im Verhältnis viele nicht umgesetzt werden, da kein Expertenwissen,
114 in Belangen dessen was baulich oder planerisch überhaupt umgesetzt werden kann, vo-
115 rausgesetzt werden kann. Der daraus entstehende Eindruck der Bevölkerung, sie könn-
116 ten keinen Einfluss nehmen, muss ernst genommen werden.

117 Auch außerhalb von vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren oder Wahlkampfzeiten
118 müssen wir uns als Ansprechpartner*innen für die Belange von direkt und indirekt Be-
119 troffenen oder für Ideengeber*innen sehen. Dazu können wir nicht weiter abwarten, bis
120 Bürger*innen sich auf uns zu bewegen, sondern aktiv durch angemessene Veranstaltun-
121 gen den Dialog über Bauvorhaben suchen, die Kontakt zwischen Expert*innen und Bür-
122 ger*innen herstellen und den Dialog zwischen den Beteiligten moderieren.

123 Dies kann durch Veranstaltungen wie Runden Tischen, Fraktion vor Ort oder Fishbowl-
124 Diskussionen (Innen/Außenkreis-Methode) geführt werden und ist entsprechend im
125 Vorfeld mit Steck- und Straßenaktionen zu bewerben. Wenn wir Veranstaltungen der
126 verschiedenen Initiativen zu Bauvorhaben besuchen, vergrößert der Besuch dieser Ver-
127 anstaltungen durch Genoss*innen die Anerkennung, die wir ihren Problemen beimes-
128 sen. In parteifremden und überparteilichen Strukturen mit zu diskutieren, erweitert un-
129 sere Zugang zu möglichen Problematiken oder von Bürger*innen als schwierig empfun-
130 denen Situationen. Aus den Evaluationen der Dialogveranstaltungen können so Punkte
131 für unsere parteipolitische Arbeit gewonnen werden, die über ein Kredo „Bauen, Bauen,
132 Bauen“ hinaus gehen.

133 Um die Leitlinien dieses Antrags in konkrete Vorhaben umzuwandeln, wird der Kreisvor-
134 stand damit beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass möglichst zeitnah eine Zukunfts-
135 werkstatt zum Thema gehalten wird. Diese Zukunftswerkstatt soll den Genoss*innen die
136 Möglichkeit geben sich mit eigenen Ideen einzubringen und die Debatte zur Umsetzung
137 im Kreis bestärken und strukturieren.